

Nr. 01 / 11. Januar 2016

Kurz und bündig

Gesamtwirtschaft:

- Die **Prognosen** der Institute erwarten einen soliden **Aufschwung** mit einem BIP-Wachstum von annähernd zwei Prozent für 2015 und 2016.
- Die Entwicklung ist hauptsächlich durch den **privaten Konsum** getragen.
- Entsprechend dem Herbstgutachten soll der private Konsum **1,0 Prozentpunkte** des Wachstums ausmachen.
- Dazu tragen die **niedrige Preissteigerungsrate, der Beschäftigungsaufbau und hohe Entgeltsteigerungen** bei.
- Die **Tarifabschlüsse** für die M+E-Industrie haben dies maßgeblich unterstützt, da sie immer deutlich über dem realisierten verteilungsneutralen Spielraum lagen.

Metall- und Elektroindustrie:

- Die **ifo-Produktionsprognosen und Erwartungen** sind deutlich aufwärts gerichtet und robust.
- Zwar gab es bei den **Auftragseingängen** einen Einbruch in den Sommermonaten; über das ganze Jahr gerechnet (Jan.-Nov.) legten die Auftragseingänge aber um 2,3 Prozent zu.
- Der **Beschäftigungsaufbau** setzt sich fort. Der Anteil der Leiharbeitskräfte sinkt.

Autoren:

Wilfried Kurtzke, Ralf Rukwid, Beate Scheidt

Tarifrunde 2016 in der Metall- und Elektroindustrie „Deutsche Wirtschaft hält Tempo“

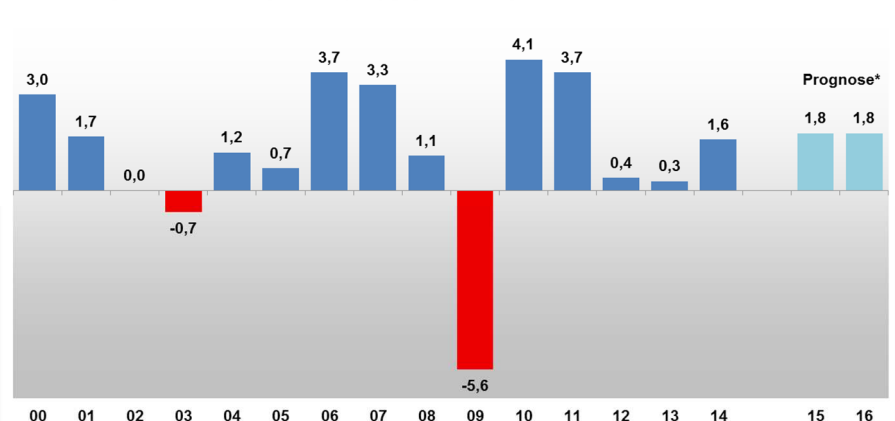
Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland sendet überwiegend positive Signale aus. Die weltweite und vor allem die europäische Wirtschaftsentwicklung zeigt hingegen Schwächen. Einige Schwellenländer sind in der Krise. Die Eurozone erholt sich nur langsam. Im Gegensatz dazu hält Deutschland mit einem Wachstum von 1,6 Prozent 2014 und mit Wachstumserwartungen von annähernd zwei Prozent für 2015 und 2016 das Tempo. Die gute Konjunktur in Deutschland wird vor allem vom privaten Konsum getragen.

Das Wachstum wird sowohl in den ersten drei Quartalen als auch in den Prognosen für die Jahre 2015 und 2016 maßgeblich von der gewachsenen Kaufkraft und damit von der Binnennachfrage getragen. Möglich wird diese Entwicklung vor allem durch die niedrigen Energiepreise, die gute Reallohnentwicklung und die zunehmende Beschäftigung, die allesamt den privaten Konsum stärken. Dazu trug in den vergangenen Jahren maßgeblich die erfolgreiche Tarifpolitik der IG Metall bei, da die Tarifabschlüsse rückblickend immer deutlich über dem verteilungsneutralen Spielraum lagen.

Die Metall- und Elektroindustrie kann in den ersten drei Quartalen 2015 ein deutliches Umsatzplus vermelden. Die Produktion in der M+E-Industrie befindet sich seit etwa Mitte 2014 in einer Seitwärtsentwicklung. In den ersten drei Quartalen 2015 ist die Produktion gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 1,2 Prozent angestiegen. In den Sommermonaten kam es zu einem Rückgang der Auftragseingänge. Die Produktionsprognosen für die kommenden beiden Jahre zeigen aber einen deutlichen Aufwärtstrend und die Einschätzungen des Geschäftsklimas hellen sich zunehmend auf. Auch die Produktions- und Exporterwartungen für das nächste Vierteljahr sind robust.

Wirtschaftswachstum in Deutschland

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent



*Herbstgutachten Oktober 2015
Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: IG Metall, FB Grundsatzfragen



1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

1.1 Internationale Entwicklung

Sinkende Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft und eine deutliche Abwertung des Renminbi (Yuan) verunsicherten im Sommer 2015 die Anleger an den globalen Börsenplätzen. Heftige Kursschwankungen auf den Finanzmärkten waren die Folge. Die Kurschwankungen erreichten Werte wie zuletzt im Jahr 2012, als der Fortbestand der Europäischen Währungsunion auf dem Spiel stand. Die Turbulenzen hatten sich zwischenzeitlich gelegt. Die starken Kurseinbrüche konnten vorübergehend wieder korrigiert werden. Zum Jahresbeginn 2016 kam es erneut zu Einbrüchen. **Die Unsicherheiten an den Finanzmärkten bestehen fort.** Das globale Wachstum bleibt in 2015 nach aktuellen Prognosen des IWF mit 3,1 Prozent um 0,3 Prozentpunkte hinter dem Vorjahresniveau zurück. Entsprechend den IWF-Prognosen kann für 2016 mit **einem weltwirtschaftlichen Wachstum von 3,6 Prozent** gerechnet werden.

Die USA führen mit einer prognostizierten Wachstumsrate von 2,6 Prozent in 2015 und 2,8 Prozent in 2016 die Liste der Industrieländer an, obwohl die Prognosen im Jahresverlauf nach unten korrigiert werden mussten. Die Schwellenländer treiben, trotz im fünften Jahr in Folge reduziertem Wachstum und zunehmender Risiken, mit 4,0 Prozent in 2015 und 4,5 Prozent in 2016 die globale Entwicklung an. Sie sind unterschiedlichen Gefahren ausgesetzt. **Vom Rohstoffexport abhängige Länder wie Brasilien oder Russland sind heftig durch die eingebrochenen Preise auf den Weltmärkten betroffen.** Beide Länder werden entsprechend der IWF-Prognosen auch 2016 noch in der Rezession verharren. Der Preisverfall für Rohöl erklärt sich einerseits aus einem Überangebot getrieben durch die boomende Fracking-Industrie in den USA sowie einer ungedrosselten Rohölförderung des OPEC-Kartells, um Marktanteile zu verteidigen und andererseits aufgrund einer schwächeren globalen Nachfrage im Zuge sinkender Wachstumsraten.

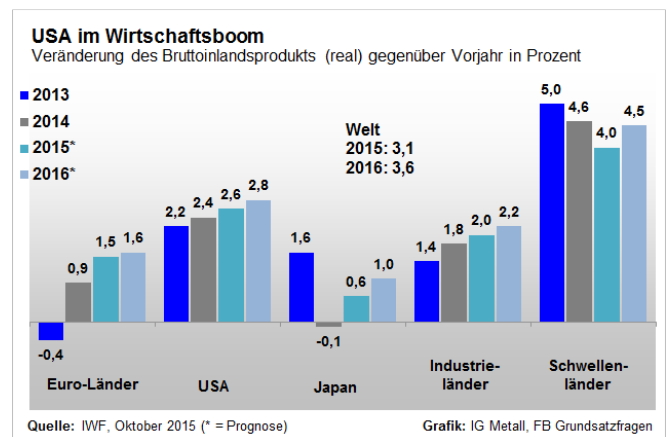
China vereinigt inzwischen einen sehr hohen Anteil des weltweiten Rohstoffbedarfs auf sich. Die Umstrukturierung von Exporten zu mehr privatem Konsum und Binnennachfrage führt dort zu sinkenden Wachstumsraten und dämpft die weltweite Rohölnachfrage. Auch deshalb fiel der Rohölpreis von 2015 zu 2014 nach Berechnungen des IWF um 46,4 Prozent. Die übrigen Rohstoffe verloren etwa 17 Prozent ihres Wertes.

Neben dem Verfall der Rohstoffpreise haben manche Rohstoff exportierende Schwellenländer auch mit der seit längerem erwarteten – und mit der am 17. Dezember vollzogenen Leitzinserhöhung eingeleiteten - Zinswende in den USA zu kämpfen, was dazu führte, dass weniger Kapital in die Schwellenländer floss. Das hat zusammen

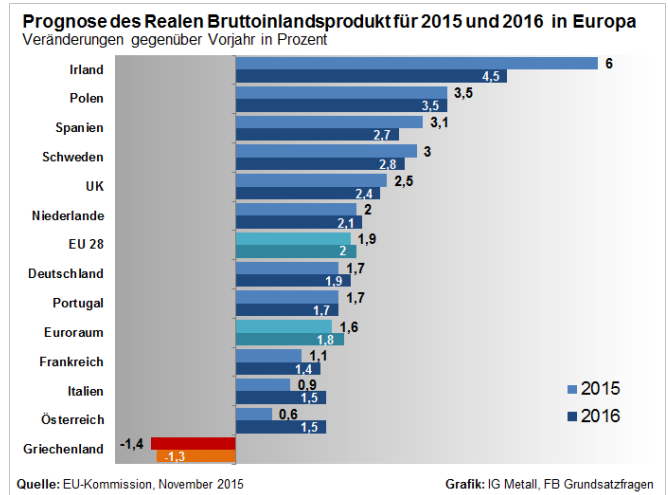
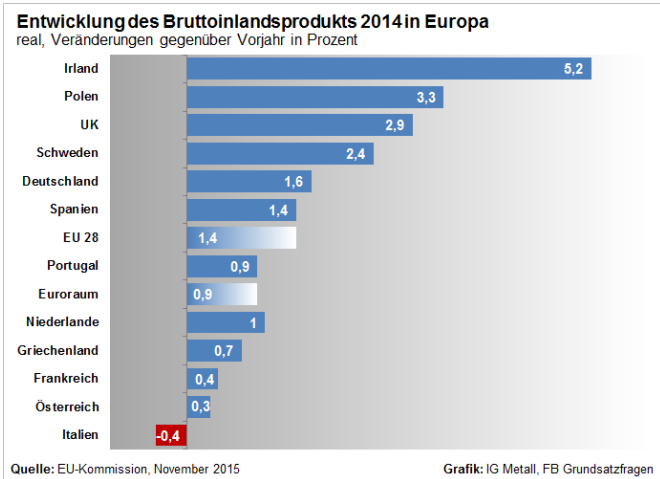
mit der sinkenden Rohstoffnachfrage zu einer Abwertung der jeweiligen Landeswährung gegenüber dem Dollar geführt und die Inflationsrate sowie die Schuldenlast für die Länder erhöht, die sich in US Dollar verschuldet haben. Um den Kapitalabfluss zu verhindern und der Inflation entgegenzuwirken, reagierte z. B. die Brasilianische Notenbank mit Zinserhöhungen, was die Konjunktur weiter bremste.

In China schwächt sich das Wachstum im Vergleich zu 2014 weiter ab, bleibt aber mit 6,8 Prozent in 2015 und 6,3 Prozent in 2016 immer noch relativ hoch. Trotz des schwächeren Wachstums geht auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Lage (SVR) in seinem aktuellen Gutachten davon aus, dass China aufgrund des nach wie vor erheblichen Nachholbedarfs und eines ausreichenden fiskalpolitischen Spielraums keinen stärkeren Abschwung erfahren wird.

Im internationalen Vergleich weit abgeschlagen ist der Euroraum mit 1,5 Prozent erwarteter Wachstumsrate in 2015 und 1,6 Prozent in 2016. Dennoch scheint sich der Weg aus der Krise zu stabilisieren. Der Erholungskurs setzt sich fort.



Sehr deutlich wird dies anhand der Wachstumsraten in den Mitgliedsländern der Europäischen Union im Jahr 2014 und der Prognosen für die Jahre 2015 und 2016. Außer Italien, das sich 2014 noch in der Rezession befand, konnten manche Länder relativ hohe bzw. überdurchschnittliche Wachstumsraten verzeichnen. Dazu gehören Irland, Polen, Großbritannien und Schweden. Deutschland lag mit 1,6 Prozent im Mittelfeld zusammen mit Spanien, das sich auf einem stabilen Erholungspfad befindet. Portugal, die Niederlande, Griechenland, Frankreich und Österreich wuchsen nur unterdurchschnittlich.



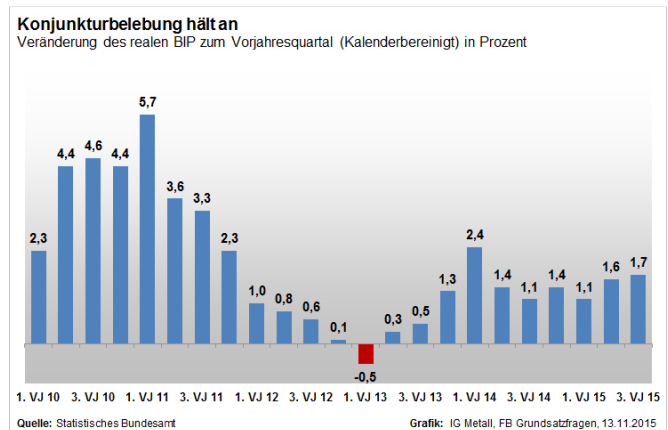
Für 2015 zeigt sich ein noch optimistischeres Bild. Nach der Einschätzung der EU-Kommission wird vor allem Irland sein dynamisches Wachstum fortsetzen und mit einer Wachstumsrate in Höhe von 6 Prozent die Rangliste anführen. Auch Polen und Spanien können nochmals zulegen. Italien hat den Weg aus der Rezession gefunden. Dafür glitt Griechenland - nach wochenlangen Auseinandersetzungen um ein drittes Hilfspaket und den damit ausgelösten Spekulationen und Unsicherheiten über eine drohende Staatsinsolvenz sowie dem Verbleib in der Eurozone - erneut in die Rezession ab.

Der Vergleich mit den prognostizierten Wachstumsraten für das Jahr 2016 zeigt, dass etwas Realismus einkehrt. Für viele Länder wird mit einer niedrigeren Wachstumsrate gerechnet. Dennoch geht die Kommission für die Wirtschaft des Euroraums insgesamt davon aus, dass diese etwas stärker als 2015, nämlich um 1,8 Prozent wachsen wird. Die Europäische Union erfährt mit 2 Prozent in etwa dieselbe Dynamik. Diese erfreuliche Entwicklung darf nicht darüber hinweg täuschen, dass noch nicht alle Länder der Währungsunion schon wieder das Vorkrisenniveau erreicht haben. So werden Ende 2015 neben Griechenland auch Italien, Portugal und Spanien noch unter diesem Niveau wirtschaften. Die Arbeitslosigkeit in Europa bleibt insgesamt hoch. Im Eurostat wird entsprechend aktueller Schätzungen von Eurostat die Arbeitslosenquote in 2015 etwa 11 Prozent betragen (ohne Deutschland: 13,2 Prozent). In der Europäischen Union dürften 9,5 Prozent zu erwarten sein. Spanien verzeichnet zwar, ausgehend von einem niedrigen Niveau, hohe Wachstumsraten. Die Arbeitslosenquote ist mit 22,2 Prozent aber nach Griechenland (25,5 Prozent) die zweithöchste.

1.2 Deutschland mit stabilem Wachstum

Mit einer Wachstumsrate von 1,6 Prozent im Jahr 2014 zeigt Deutschland eine unverändert stabile Entwicklung, die sich im Wesentlichen auf eine gestärkte Binnennachfrage zurückführen lässt. Dieser Trend setzte sich auch im Jahr 2015 fort.

Die Vierteljahresbetrachtung verdeutlicht die Dynamik, die sich 2015 entfaltete. In den ersten drei Quartalen verzeichnete die deutsche Wirtschaft einen stetigen Aufwärtstrend. **Mit einer Wachstumsrate im dritten Quartal 2015 zum gleichen Vorjahresquartal in Höhe von 1,7 Prozent sind die Aussichten gut, bis Ende des Jahres eine Wachstumsrate von knapp unter 2 Prozent zu erreichen.**



Über die Ursachen für diesen Trend sind sich die Wirtschaftsforschungsinstitute weitgehend einig.

Die treibenden Kräfte sind

- Die niedrigen Energiepreise, die gute Reallohnentwicklung und die zunehmende Beschäftigung, die den privaten Konsum stärken,
- die Abwertung des Euros, die den Export stimuliert,



- die günstigen Finanzierungsbedingungen aufgrund der fortgesetzten expansiven Geldpolitik, was Anlageneinvestitionen und Bauinvestitionen anregt sowie
- die mittlerweile leicht expansiv wirkende Fiskalpolitik aufgrund des zunehmenden Staatskonsums.

Die Entwicklung wird sowohl in den ersten drei Quartalen als auch in den Prognosen für das ganze Jahr 2015 maßgeblich von der gewachsenen Kaufkraft und damit von der Binnennachfrage getragen. Den größten Beitrag zum Wachstum im Umfang von 1,8 Prozent liefert entsprechend dem **Herbstgutachten** im Jahr 2015 der private Konsum mit 1,0 Prozentpunkten. Es folgen mit großem Abstand der Außenbeitrag (Exporte – Importe) und der Staatsverbrauch mit jeweils 0,4 und die Ausrüstungsinvestitionen mit 0,3 Prozentpunkten. Den dominierenden Einfluss des privaten Konsums für das Wachstum sieht auch der **Sachverständigenrat**. Das gilt nicht nur für das Jahr 2015, sondern auch für das Jahr 2016.

1.3 Positive Entwicklung trotz einiger Risiken

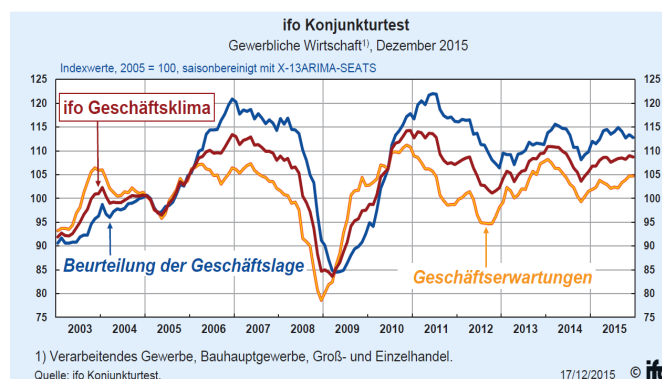
Der stabile Aufwärtstrend der deutschen Wirtschaft wurde im Verlauf des Jahres begleitet durch Risiken, die auch die weitere Entwicklung beeinflussen. Aufgrund der Exportorientierung der deutschen Industrie haben internationale Ereignisse einen großen Einfluss auf Produktion und Beschäftigung in Deutschland. Durch die enge Verflechtung mit den europäischen Nachbar- und Partnerländern in der Währungsunion sind insbesondere konjunkturelle Veränderungen in diesen Ländern für Deutschland relevant.

Aufgrund der intensiven Debatten um drohende Deflationsgefahren in der Währungsunion startete die EZB im März eine weitere Ankaufswelle für Staatsanleihen. Durch den Ankauf von Wertpapieren sollten die Zinsen und letztlich auch die Finanzierungskosten für kreditfinanzierte private Investitionen und langlebige Konsumgüter sowie Immobilien gesenkt werden. Insgesamt trug dies zur Stimulierung des Konsums und der Investitionen bei. Im Zusammenspiel mit der Erwartung, dass die amerikanische Notenbank FED die Leitzinsen erhöhen wird, sorgt dies für eine weitere Abwertung des Euros, denn um Kapitalanlagen in dem Währungsgebiet mit den höheren Zinsen tätigen zu können (USA), müssen sich die Investoren rechtzeitig mit der Landeswährung (US-Dollar) eindecken.

Die durch die Geldpolitik zusätzlich in die Märkte gepumpte Geldmenge nährt die Gefahr der Blasenbildung auf den Vermögenmärkten und das niedrige Zinsniveau verleitet Investoren zunehmend dazu, höhere Risiken einzugehen. Bisher finden sich nur vereinzelt Hinweise auf eine Blasenbildung. So geht der Sachverständigenrat in seinem aktuellen Gutachten basierend auf einer Umfrage von BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) und Deutscher Bundesbank davon aus, dass sich die Aktienkursentwicklungen

überwiegend mit Hilfe von ‚Fundamentaldaten‘ erklären lassen, also keine ‚Übertreibungen‘ signalisieren. Plötzliche Kurskorrekturen ließen sich aber im Falle eines Zinsanstiegs nicht ausschließen. Zudem könne eine gestiegene Risikoübernahme in den Portfolios von institutionellen Anlegern auch in der Versicherungsbranche bereits jetzt belegt werden.

Das schon seit langem erwartete und am 17. Dezember vollzogene Umschwenken der Geldpolitik der amerikanischen Notenbank birgt auch ein nicht unerhebliches Risiko für die Schwellenländer, die sich in US-Dollar verschuldet haben. Da diese ‚Zinswende‘ den Kapitalstrom umkehrt, die Refinanzierung verteuert und die Schuldenbelastung erhöht, könnte die Wachstumsdynamik der Schwellenländer einbrechen. Jedoch geht die amerikanische Notenbank mit Bedacht vor, um ein solches Szenario zu vermeiden. Die behutsame Leitzinserhöhung am 17. Dezember war nur ein sehr kleiner ‚Tippelschritt‘ um plus 0,25 Prozentpunkte auf 0,5 Prozent. Vermutlich dürften die größten Effekte schon in den Finanzmärkten eingepreist sein, sodass es kaum größere Turbulenzen durch den Eintritt dieses seit langem erwarteten Ereignisses geben dürfte.



Die aktuellen Stimmungsindikatoren bestätigen die Institutsprognosen und deuten insgesamt auf eine stabile Aufwärtsbewegung in Deutschland hin:

- Der bekannteste deutsche Stimmungsindikator, der **ifo-Geschäftsklimaindex**, ist im August und auch im September leicht gestiegen; danach dämpfte die Lageeinschätzung das Klima, gleichwohl stiegen die Geschäftserwartungen im Dezember zum fünften Mal in Folge an, darunter insbesondere die Erwartungen des Verarbeitenden Gewerbes,
- das **IMK** errechnete im Dezember eine Rezessionswahrscheinlichkeit in Höhe von 11,6 Prozent nach 21,8 Prozent im November: „Maßgeblich für den Rückgang der Rezessionswahrscheinlichkeit am aktuellen Rand ist die verbesserte Auftragslage der Unternehmen. So konnten sowohl inländische als auch ausländische Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat zulegen“,
- der **DIW Konjunkturbarometer** liegt über dem Schwellenwert von 100 Punkten, der auch für das vierte Quartal ein Plus und für das Gesamtjahr ein

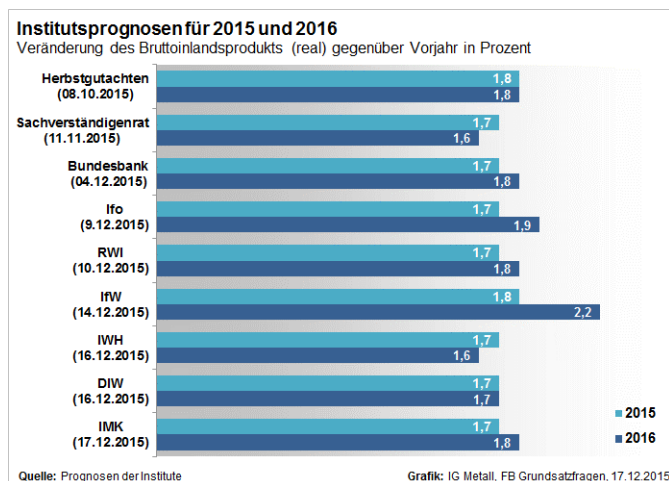


durchschnittliches Wachstum der deutschen Wirtschaft erwarten lässt,

- auch die **ZEW-Konjunkturerwartungen** legten im Dezember zuletzt zum zweiten Mal in Folge zu. Konjunkturpessimismus sei nicht zu erkennen. Das ZEW geht aufgrund der guten Ausgangslage im Inland und der voranschreitenden Konjunkturerholung in der Eurozone davon aus, dass ein Abrutschen Deutschlands in die Rezession wenig wahrscheinlich ist.

1.4 Privater Konsum treibt das Wachstum

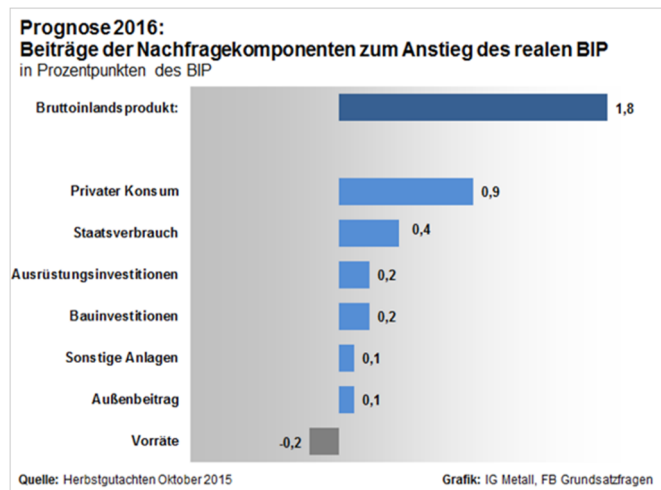
Nach Einschätzung der Institute wird sich der konjunkturelle Aufwärtstrend auch im Jahr 2016 fortsetzen. Die Prognosewerte näherten sich im Laufe des Jahres einander an. Den höchsten Wert für 2016 errechnete das Institut für Weltwirtschaft im Dezember mit plus 2,2 Prozent. Das aktuelle Gutachten des Sachverständigenrates erwartet für 2015 einen Zuwachs um 1,7 Prozent und für 2016 ein Plus von 1,6 Prozent. Die prognostizierte Wachstumsrate des Herbstgutachtens für 2015 und auch 2016 beträgt plus 1,8 Prozent. Soweit bisher schon Prognosen für 2017 vorliegen, wird sich der Wachstumstrend mit Raten von knapp unter zwei Prozent fortsetzen.



Der private Konsum gewann in den letzten Quartalen zunehmend an Dynamik. So erreichte der Zuwachs im ersten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorjahresquartal einen Wert von plus 2,3 Prozent. Auch im zweiten Quartal konnten deutliche 1,8 Prozent erreicht werden. Das dritte Quartal 2015 wuchs um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Für diese Entwicklung sind zum einen die sehr niedrigen Inflationsraten (plus 0,3 Prozent für das Gesamtjahr 2015, Herbstgutachten 2015) verantwortlich, die zusammen mit einem Anstieg des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte in 2015 (plus 2,7 Prozent, Herbstgutachten 2015) und der Beschäftigung (sozialversicherungspflichtige Beschäftigte neuer Rekord: 30,8 Mio, IAB, September 2015) die Realeinkommen deutlich steigen lässt.

Das mit dem **Herbstgutachten** prognostizierte Wachstum im Umfang von 1,8 Prozent für das **Jahr 2016** ergibt

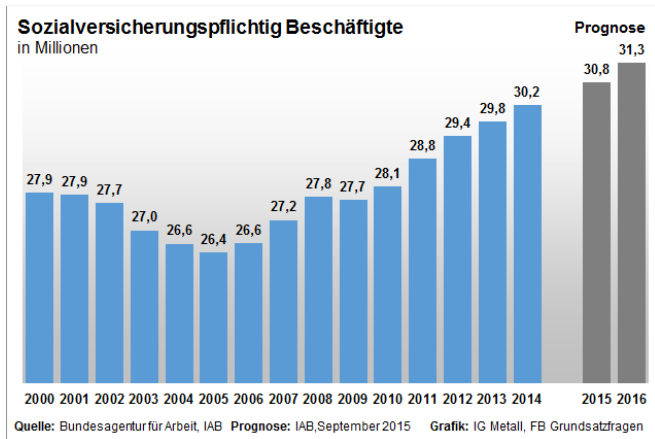
sich vor allem aufgrund einer deutlichen Dynamik des privaten Konsums, der dazu mit 0,9 Prozentpunkten beiträgt. Einen weiteren nennenswerten Beitrag leistet der Staatsverbrauch mit 0,4 Prozentpunkten. Der Staatsverbrauch wird im Prognosezeitraum insbesondere für die Versorgung der Flüchtlinge und Integrationsmaßnahmen benötigt. Dazu zählen z. B. Sachleistungen und höhere Arbeitnehmerentgelte wegen eines aufgestockten Personalbestands. Der mit der Zuwanderung verbundene Wohnraumbedarf wird zu vermehrten Wohnungsbauinvestitionen führen. Ausrüstungsinvestitionen und Bauinvestitionen werden im kommenden Jahr mit jeweils 0,2 Prozentpunkten das Wachstum stimulieren. Der **Sachverständigenrat** liegt mit seiner Wachstumsprognose für 2016 mit 1,6 Prozent etwas unter dem Herbstgutachten und geht davon aus, dass zwar der private Konsum der Wachstumstreiber bleibt, aber aufgrund der guten Binnenkonjunktur die Importe deutlich dynamischer wachsen als die Exporte, sodass ein Teil des Einkommens in das Ausland fließt und damit das Wachstum um minus 0,1 Prozentpunkte gedrückt wird.



Der Anteil des Außenbeitrags (Exporte – Importe) am Wachstum im Jahr 2016 wird entsprechend der Prognose des **Herbstgutachtens** nur plus 0,1 Prozentpunkte betragen. Damit wird auch im kommenden Jahr der private Konsum den Beitrag des Außenhandels deutlich übersteigen und unterstreicht die zunehmende Bedeutung der Binnenkonjunktur als Wachstumsmotor. Verfehlt wäre aber die Schlussfolgerung, dass der Export an Bedeutung für den Wohlstand in Deutschland verliert. Vielmehr können wir feststellen, dass die deutschen Exporte von Jahr zu Jahr neue Rekorde verzeichnen. Da aber aufgrund der guten Binnenkonjunktur die Importe auch deutlich steigen, fließt ein Teil der gestiegenen Einkommen ins Ausland und trägt nicht mehr (direkt) zum inländischen Wachstum bei. Der Export erlebte im Sommer 2015 einen Rückgang in den Bestellungen. Für 2015 insgesamt prognostizieren die Institute im Herbstgutachten dennoch einen Zuwachs um 7,5 Prozent. Erst im Jahr 2016 wird der Zuwachs ‚nur‘ noch 5,2 Prozent betragen. Die Importe dürften in 2015 um 5,2 Prozent und in 2016 um deutliche 5,9 Prozent zulegen, und damit stärker als die Exporte wachsen.



Die günstige Arbeitsmarktsituation setzt sich fort. Nach aktuellen Prognosen des IAB kann auch in 2016 mit einem weiteren Zuwachs bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gerechnet werden. Die Arbeitslosenquote wird in diesem Jahr mit 6,4 Prozent so niedrig wie schon lange nicht mehr sein und in 2016 aufgrund der Zuwanderung nur unmerklich auf 6,5 Prozent ansteigen (IAB, September 2015). Zwar wird die Inflationsrate in 2016 mit plus 1,1 Prozent höher sein als in 2015 aber auch die verfügbaren Einkommen werden nochmals kräftig mit plus 3,0 Prozent zulegen, was einen deutlichen Realeinkommenszuwachs verspricht (Herbstgutachten 2015).



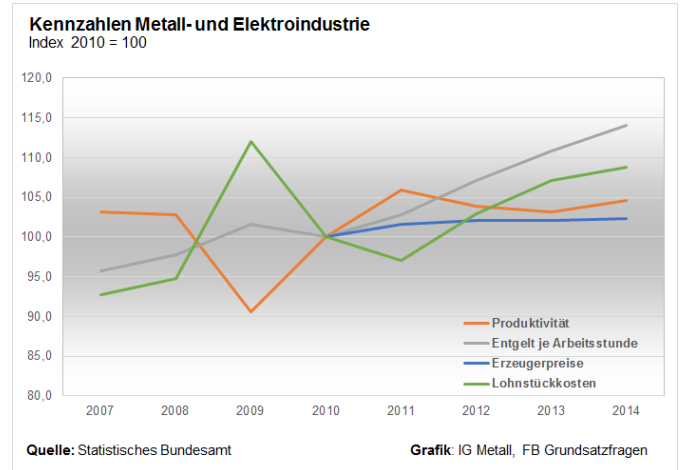
Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen im ersten Quartal 2015 um 3,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal kräftig an. Dieses Wachstumstempo konnte im zweiten Quartal (plus 3,4 Prozent) nicht gehalten werden; setzte sich in der zweiten Jahreshälfte aber fort (drittes Quartal: plus 4,2 Prozent). Für den Rückgang im zweiten Quartal vermuten die Wirtschaftsforschungsinstitute einen Zusammenhang mit den Turbulenzen um Griechenland und den zunehmenden Unsicherheiten im Euroraum. Vermutlich stabilisierte sich die Entwicklung im zweiten Halbjahr 2015 insgesamt. Das lassen die zunehmenden Auftragseingänge und der Produktionsanstieg bei den Investitionsgüterherstellern im Juli erwarten. Die Kapazitätsauslastung wird allerdings in der Erwartung der **Institute im Herbstgutachten** nicht wesentlich über der Normalauslastung liegen, so dass kaum mit Erweiterungsinvestitionen gerechnet werden kann. Die Institute erwarten somit für 2015 ein Plus von 4,4 Prozent und in 2016 ein Mehr an Investitionen im Umfang von 3,7 Prozent. Die Ausrüstungsinvestitionen tragen dennoch im Jahr 2016 vergleichsweise wenig, nämlich nur mit 0,2 Prozentpunkten, zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei. Das entspricht exakt auch den Berechnungen und den Erwartungen des **Sachverständigenrates**.

2. Metall- und Elektroindustrie

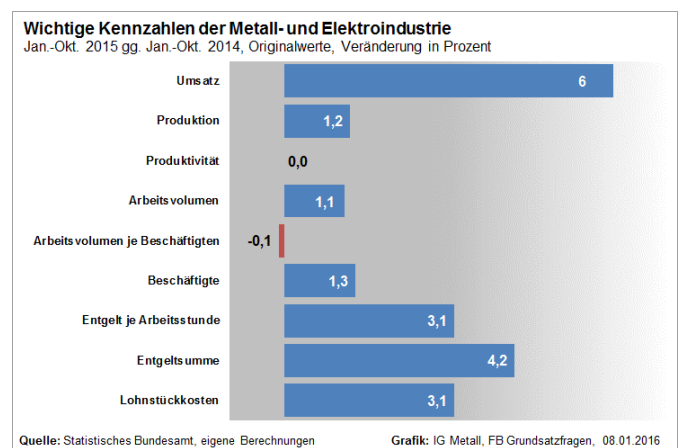
2.1 Metall- und Elektroindustrie im Überblick

Die **Stundenentgelte** in der Metall- und Elektroindustrie sind **im Trend der letzten Jahre** deutlich gestiegen. Auch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat diese

Entwicklung nur kurz ausgebremst. Krisenbedingt kam es dagegen vorübergehend zu einem markanten Rückgang der Produktivität und einem deutlichen Anstieg der Lohnstückkosten. Nach der Normalisierung im direkten Anschluss an die Krise konnte die **Produktivität** seit 2011 nicht weiter zulegen. Parallel zu einem eher mäßigen Anstieg der **Erzeugerpreise** haben sich die **Lohnstückkosten** im selben Zeitraum somit klar erhöht.



In den **Monaten Januar bis Oktober 2015** nahm der **Umsatz** in der M+E-Industrie um deutliche 6 Prozent zu. Die **Produktion** verzeichnete mit 1,2 Prozent einen schwächeren Anstieg. Dadurch, dass das **Arbeitsvolumen** um 1,1 Prozent zunahm, stagnierte die **Produktivität**. Somit führte der Anstieg der **Entgelte je Arbeitsstunde** um kräftige 3,1 Prozent zu entsprechend höheren **Lohnstückkosten**. Die schwache Produktivitätsentwicklung der letzten Jahre setzte sich also auch 2015 fort.



Die Produktivitätsentwicklung im M+E-Bereich lässt sich zum Teil vor dem Hintergrund des parallelen Abbaus von Leiharbeitsplätzen erklären. Weil die Arbeitsstunden der Leiharbeitskräfte nicht in das Arbeitsvolumen der M+E-Industrie einfließen, steigt das Arbeitsvolumen bei der Übernahme an, ohne dass die branchenbezogene Wertschöpfung entsprechend zulegt.

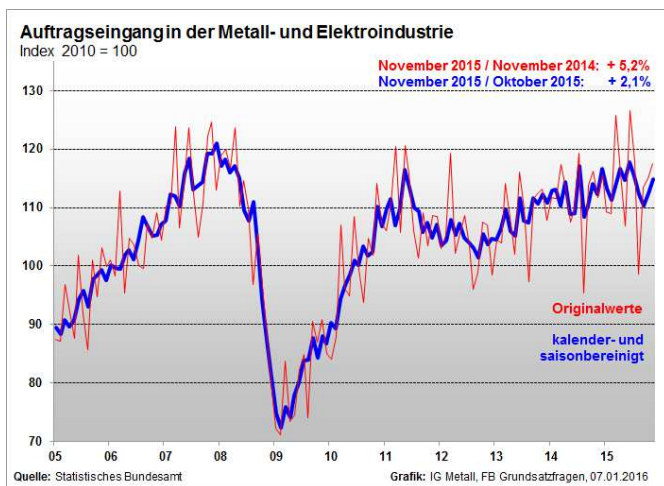
Einen ähnlich verzerrenden Effekt auf die Produktivität kann auch der Aufbau von Entwicklungskapazität zum Beispiel in den Zentralen der großen Konzerne haben.



Hier werden weltweit für den Konzern Dienstleistungen erbracht. Die Arbeitsstunden werden aber an deutschen Standorten geleistet.

2.2 Rückläufige Auftragseingänge aus dem Ausland

Das seit September 2012 im Trend gestiegene Niveau an Auftragseingängen hat sich seit Mitte des Jahres kalender- und saisonbereinigt (blaue Linie) wieder teilweise abgebaut. Bei den Originalwerten (rote Linie) hat es in letzter Zeit extreme monatliche Schwankungen gegeben, was zu einer zunehmenden Verunsicherung beigetragen hat. Zuletzt haben die Bestellungen im November wieder kräftig zugelegt.

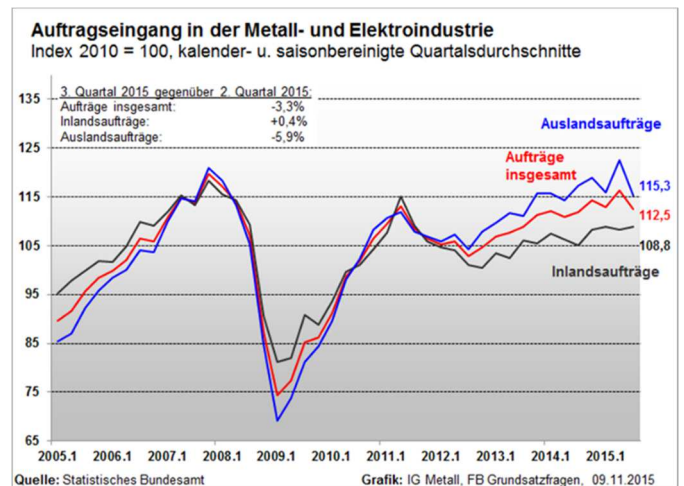


Die **konjunkturelle Schwäche in einigen Schwellenländern**, vor allem in China, hat in den Sommermonaten zu einem **Rückgang der Auftragseingänge** in der M+E-Industrie geführt. In dieser Phase waren sinkende monatliche Auftragseingänge bei den Metallenerzeugnissen und elektrischen Ausrüstungen, aber insbesondere auch bei der Automobilindustrie zu beobachten. Dies spiegelt sich ebenfalls in den im Trend zuletzt klar rückläufigen deutschen Kfz-Ausfuhren nach China, dem inzwischen weltweit wichtigsten Absatzmarkt der Branche.

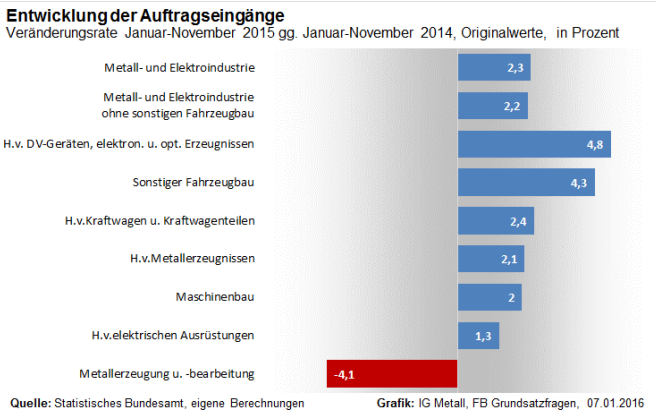


In den **einzelnen Branchen** zeigen sich zugleich einige starke **monatliche Schwankungen der Auftragseingänge**. Dies gilt speziell für den durch Großaufträge besonders volatilen sonstigen Fahrzeugbau, aber auch für andere M+E-Teilbereiche wie den derzeit u.a. unter einem beeinträchtigten Russlandgeschäft leidenden Maschinenbau. Einzelne Monatswerte dürfen nicht überbewertet werden.

In den **letzten Monaten** war **bei den inländischen Bestellungen** zwar ein **Anstieg** zu verzeichnen, dieser war **aber nicht ausreichend, um die gesunkenen Auslandsaufträge auszugleichen**, so dass der Gesamtbestand an Auftragseingängen in der M+E-Industrie zurückging. Der jüngste Rückgang der Auslandsaufträge wiederum war durch eine deutliche Abschwächung der zuvor auf einem relativ hohen Niveau befindlichen Aufträge des sonstigen Auslands verursacht, während von der Eurozone zuletzt wieder positive Impulse ausgingen.

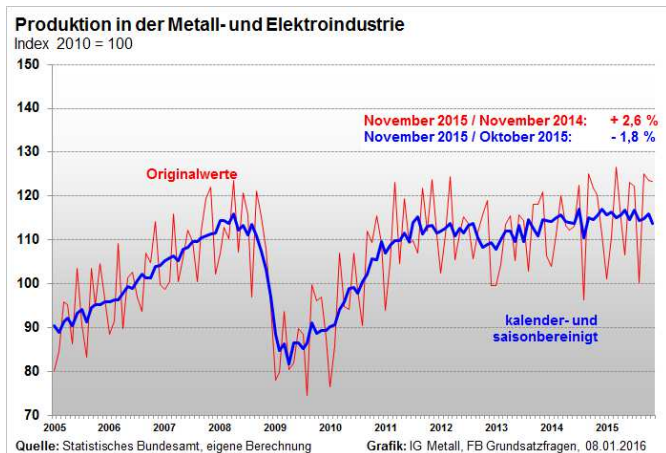


Bei Betrachtung der gesamten **Auftragseingänge von Januar bis November 2015** ergibt sich für die **Metall- und Elektroindustrie** im Vergleich zum selben Vorjahreszeitraum noch ein Anstieg um 2,3 Prozent. Auch die in- und ausländischen Auftragseingänge der deutschen **Automobilindustrie** entwickelten sich für diesen Zeitraum in der Summe positiv (2,4 Prozent). Lediglich im Bereich der **Metallverarbeitung und -erzeugung** sanken die Auftragseingänge insgesamt um deutliche 4,1 Prozent. Ursache hierfür dürften besonders umfangreiche, in 2014 angefallene Großaufträge in Teilbereichen der Metallrohrherstellung sein.



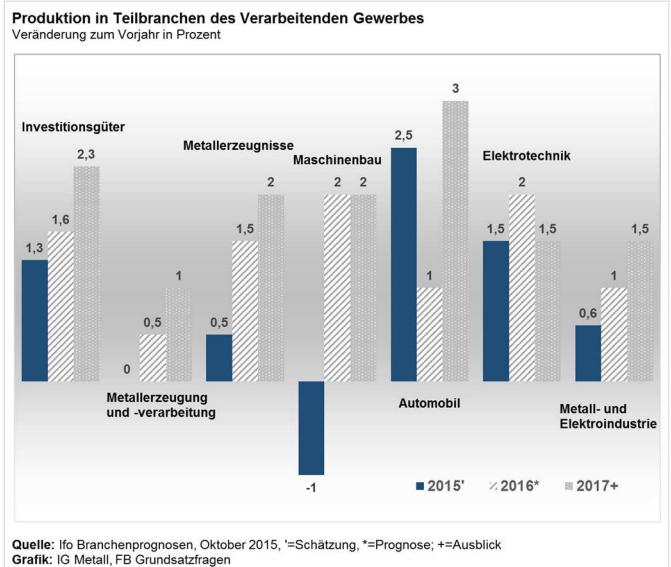
2.3 Produktion unverändert stabil mit positiven Prognosewerten

Seit dem Einbruch in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise und der anschließenden Erholungsphase bis Mitte 2011 verläuft die **Produktion in der M+E-Industrie auf hohem Niveau**. Zunächst erfolgte eine moderate Aufwärtsentwicklung bei den kalender- und saisonbereinigten Werten. Seit etwa Mitte 2014 stellen wir eine Seitwärtsbewegung fest.



Derzeit zeigt sich die industrielle Entwicklung etwas schwächer als die gesamtwirtschaftliche Konjunktur. Trotzdem ist in den **ersten drei Quartalen 2015** die **M+E-Produktion** gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum **um 1,2 Prozent angestiegen**.

Während zuletzt der **sonstige Fahrzeugbau** und die **Autoproduktion** deutlich zulegen konnten, sank die **Produktion im Maschinenbau** nach vorläufigen Berechnungen für die ersten neun Monate 2015. Für das komplette Jahr 2015 belaufen sich die Branchenprognosen des ifo-Instituts auf einen Produktionsanstieg von 2,5 Prozent im Vorjahresvergleich für die Autoindustrie und einen Produktionsrückgang von minus 1,0 Prozent im Bereich Maschinenbau. Die VDMA-Volkswirte äußerten sich dagegen zuletzt zuversichtlich, dass im deutschen Maschinen- und Anlagenbau bis Ende 2015 noch das Vorjahresniveau der Produktion erreicht werden kann.



Die **weltweiten Konjunkturerwartungen** sind, sowohl für die Industrie- als auch die Schwellenländer, **eher aufwärts gerichtet**. Dies spricht dafür, dass die derzeitige Schwäche bei den Bestellungen nur eine kleine Konjunkturdelle hinterlässt und sich nicht verfestigt. Die ifo-Prognosen zeigen für die **Metall- und Elektroindustrie** insgesamt **für die nächsten beiden Jahre einen klaren Aufwärtstrend**. Dies ist im Prinzip für alle bei den Prognosen erfassten M+E-Einzelbranchen festzustellen.

Die **Debatte um die manipulierten Abgassmesswerte bei Volkswagen** hat in den Branchenprognosen des ifo-Instituts zu einer **schwachen Erwartung für die Produktionsperspektiven in der Automobilindustrie für 2016 geführt**. Die aktuell positiven Absatzzahlen der Autoindustrie lassen jedoch den Schluss zu, dass die Folgen des Abgasskandals überschätzt wurden. Auch die Branchenexperten des ifo Instituts rechnen **für 2017 mit einem starken Wachstum der Autoproduktion um 3 Prozent**.

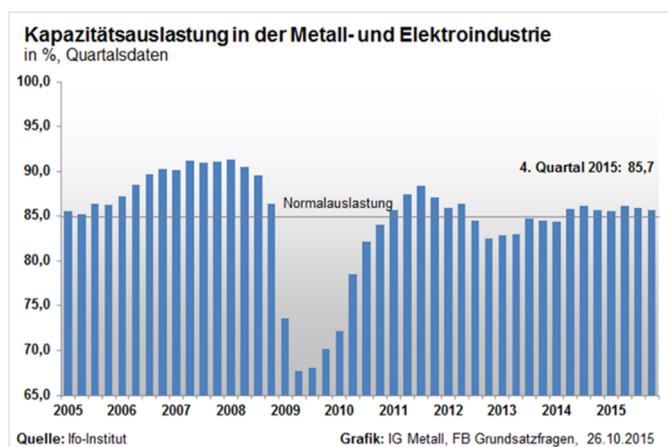
Die unterstellte Entwicklung in der Autoindustrie trägt dazu bei, dass auch für die gesamte **Investitionsgüterherstellung in 2017 ein sogar noch stärkeres Wachstum als für 2016** erwartet wird. Der prognostizierte Anstieg bei den Investitionsgüterproduzenten fällt zudem verhältnismäßig stärker aus als der bei den Vorleistungs- und Konsumgüterherstellern.

Insgesamt zeichnet sich eine **stabile Konjunkturbelebung** ab. Die Prognosen sprechen dafür, dass sich das **Wachstum im industriellen Bereich wieder dem der Gesamtwirtschaft annähert**.

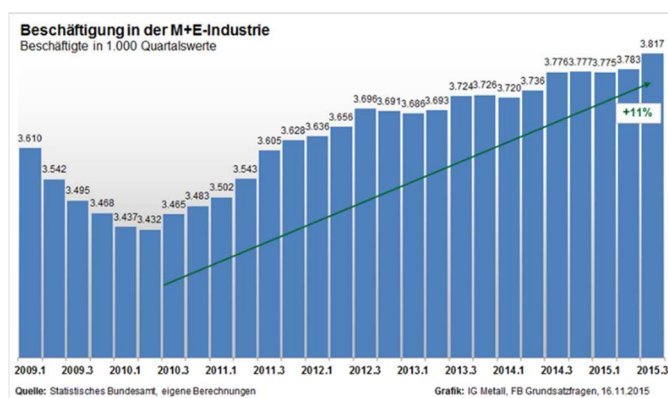


2.4 Kapazitätsauslastung weiter über der Normalauslastung

Die gute wirtschaftliche Entwicklung zeigt sich auch in einer hohen Kapazitätsauslastung der M+E-Betriebe. Für das 4. Quartal 2015 erwarten die befragten Unternehmen erneut eine **Kapazitätsauslastung über der Normalauslastungsgrenze von 85 Prozent**, die dem mehrjährigen Durchschnitt entspricht. Damit übertrifft die Kapazitätsauslastung der M+E-Industrie aktuell schon im siebten Quartal in Folge das Normalniveau, nachdem zuvor zwischen dem 3. Quartal 2012 und dem 1. Quartal 2014 nur unterdurchschnittliche Auslastungsgrade festzustellen waren.

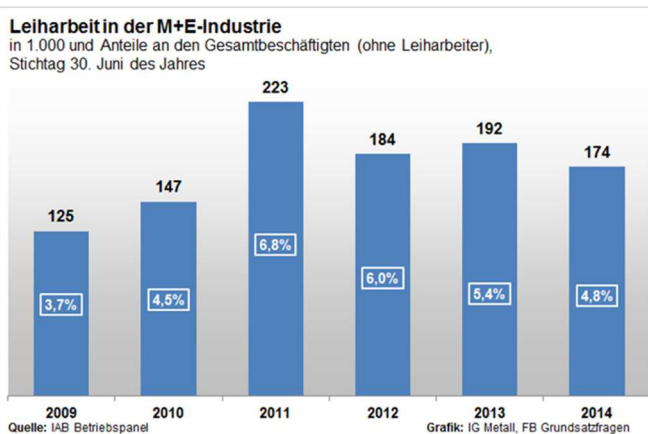


2.5 Deutliches Beschäftigungsplus bei sinkender Leiharbeit



Die wieder stärker steigenden Beschäftigtenzahlen sind Ausdruck der positiven Erwartungen der Unternehmen. Im dritten Quartal erreichte die Zahl der **M+E-Beschäftigten mit mehr als 3,8 Millionen einen Rekordwert**.

Seit dem niedrigsten Beschäftigungsstand im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise im zweiten Quartal 2010 sind somit **385.000 zusätzliche Arbeitsplätze in der Metall- und Elektroindustrie** entstanden. Dieser Stellenzuwachs übertrifft klar den vorangegangenen, krisenbedingten Beschäftigungsabbau.



Der anhaltende Beschäftigungsaufbau in der M+E-Industrie geht seit 2011 mit einem **kontinuierlich sinkenden Anteil der Leiharbeitskräfte** einher, von 6,8 Prozent in 2011 auf nur noch 4,8 Prozent in 2014. Zwar gibt es noch keine aktuellen Zahlen für 2015, aber es spricht vieles dafür, dass es einen anhaltenden Trend zur Übernahme von Leiharbeitskräften in die Stammebelegschaften gibt. So weisen derzeit auch Vertreter großer Zeitarbeitsfirmen wie Randstad oder Adecco auf für sie intensivierte Stellenbesetzungsprobleme hin. Speziell die formal ausgebildeten Fachkräfte werden demnach immer häufiger und schneller von den Kundenunternehmen der Leiharbeitsbranche übernommen.

2.6 Robuste Geschäftslage und Geschäftserwartungen

Das vom **Ifo-Institut** durch Unternehmensbefragungen erhobene **Geschäftsklima** wird in der um Saisoneffekte bereinigten Variante von der IG Metall auf die Metall- und Elektroindustrie umgerechnet. Der übergeordnete Geschäftsklimaindex setzt sich aus den Umfragewerten zur **aktuellen Geschäftslage** und zu den **Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate** zusammen.

In der M+E-Industrie zeigt das **Geschäftsklima insgesamt** nach einem Rückgang im Vorjahr seit Anfang 2015 eine **stabile Entwicklung auf einem wieder etwas erhöhten Niveau**. Seit August 2015 haben die Geschäftserwartungen dabei noch einmal klar zugelegt, während sich die Lagebeurteilung bis Oktober eintrübte und sich erst seit November wieder stabilisiert hat.

Beide Einzelindikatoren bleiben auch nach den Attentaten von Paris unbeeindruckt und weit im Plus. D.h. bei den befragten Unternehmensvertretern ist **die Zahl der Optimisten derzeit eindeutig größer als die der Pessimisten**. Trotz der jüngsten Annäherung der beiden Teilwerte wird die **aktuelle Geschäftslage** im Dezember 2015 mit 15,8 Prozent per Saldo von den Unternehmensvertretern immer noch **deutlich positiver eingeschätzt als die zukünftige Geschäftsentwicklung** mit 9,5 Prozent im Saldo.



Auch der ifo Geschäftsklimaindex speziell für die **Auto-industrie** zeigte sich unmittelbar nach Bekanntwerden der VW-Abgasaffäre **stabil**, mit sogar noch weiter verbesserten Geschäftserwartungen.



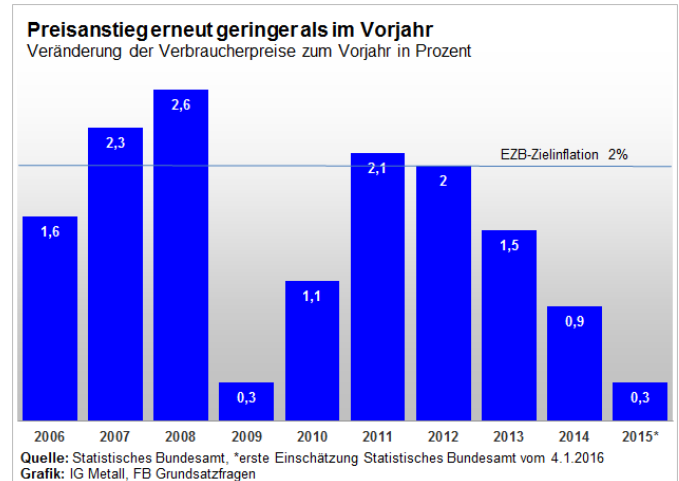
Die **unternehmerischen Produktions- und Exporterwartungen** für das nächste Vierteljahr sind als **robust** anzusehen. Sinkende Auftragseingänge (siehe oben) haben zwar zu einer gewissen Verunsicherung bei den Unternehmen geführt. Mit 72 bzw. 67 Prozent geht eine große Mehrheit der vom ifo Institut im Dezember 2015 Befragten für die nächsten drei Monate dennoch von konstant bleibenden Produktionswerten und Ausfuhren aus. Bei den übrigen Unternehmensvertretern, die wesentliche Veränderungen erwarten, überwiegen für die Produktionsvolumen die Vermutungen von Rückgängen nur leicht (13 zu 12 Prozent), während für die Exportvolumen die Vermutungen von Zuwächsen deutlich höher ausfallen (18 zu 7 Prozent).

3 Preise, Produktivität und Verteilung

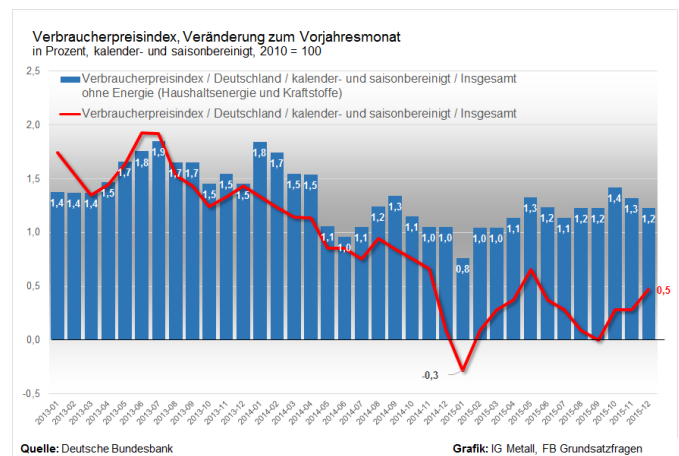
Bei den Tarifverhandlungen geht es um die Verteilung des produzierten wirtschaftlichen Wohlstands. Eine Grundlage dafür ist die Entwicklung der Preissteigerungen und der Produktivität. Steigen die Löhne im gleichen

Umfang wie **Preise und Produktivität**, ändert sich die Verteilung zwischen Kapital und Arbeit nicht, Lohn- und Gewinnquoten bleiben gleich. Dies stellt den **verteilungsneutralen Spielraum** dar. Dabei bilden immer die gesamtwirtschaftlichen Zahlen die Grundlage. Darüber hinausgehende Forderungen stellen die **Umverteilungskomponente** dar, mit der die Beschäftigten ihren Anteil am erwirtschafteten Kuchen vergrößern.

3.1 Preise



Etwa seit Mitte 2013 sinkt die Inflationsrate und wird 2015 nach der Prognose der Institute nur noch um 0,3 Prozent steigen. Im Januar 2015 wurde für Deutschland ein Rückgang des **Verbraucherpreisniveaus** um 0,3 Prozent errechnet. So schwach steigende Preise gab es zuletzt im Krisenjahr 2009. Während damals vor allem die geringe wirtschaftliche Nachfrage für fast stagnierende Preise sorgte, spielen aktuell die sinkenden Ölpreise eine wichtige Rolle. Doch selbst ohne die fallenden Energiepreise sank die Inflationsrate deutlich und betrug im Januar weniger als ein Prozent. Zwischenzeitlich stiegen die Verbraucherpreise wieder, allerdings nach wie vor mit niedrigen Raten. Im September stagnierte das Preisniveau in Deutschland insgesamt erneut.



Aufgrund der kalender- und saisonbereinigten Daten der Deutschen Bundesbank errechnet sich ein Preisanstieg im Dezember gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Prozent.



Das Preisniveau stieg laut Angaben des Statistischen Bundesamtes im Dezember um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr (unbereinigt).

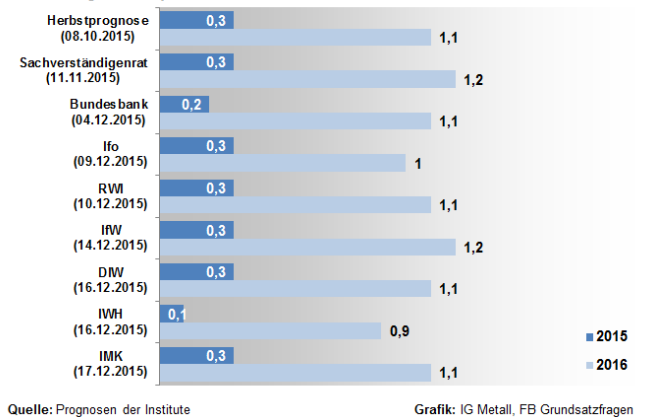
Nur noch gering steigende oder gar sinkende Preise (Deflation) sind keinesfalls ein Segen für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern sehr problematisch. Gerade unter den Bedingungen einer immer noch schwachen wirtschaftlichen Entwicklung in der Eurozone – in der die Verbraucherpreise im Oktober sogar nur um 0,1 Prozent anstiegen - können sich Deflationserwartungen schnell verfestigen. Das ist aus drei Gründen problematisch:

- Deflation erhöht den Realzins. Bei den momentan ohnehin niedrigen Zinssätzen hat die Notenbank keine weitere Möglichkeit, den Zins zu drücken. Das verteuert kreditfinanzierte Investitionen und dämpft damit das Wachstum.
- Die reale Schuldenlast der Unternehmen und Haushalte steigt und belastet die konjunkturelle Erholung.
- In Erwartung weiter sinkender Preise kann es zu Kaufzurückhaltung kommen. Ein konjunktureller Absturz für die Eurozone wäre die Folge.

Kurzfristig können sinkende Ölpreise über Kaufkrafteffekte die Konjunktur stimulieren. Mittel- und langfristig wird aber ohne stabile Preise die wirtschaftliche Entwicklung gefährdet. Preisniveaustabilität wird von der **Europäischen Zentralbank (EZB)** mit der **Zielinflationsrate** von **knapp unter zwei Prozent** definiert.

Die Institute erwarten für **2016 Preisniveausteigerungen** zwischen **0,9 und 1,2 Prozent**. Die wieder stärker steigenden Preise sind im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Energiepreise seit einiger Zeit das Niveau halten und nicht weiter sinken (Basiseffekt). Auch für 2017 wird deshalb von den meisten Instituten ein Preisanstieg von etwa 1,5 Prozent erwartet.

Prognosen des Verbraucherpreisanstiegs 2015 und 2016
Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Zuletzt hat der Euro aufgrund von Dollarkäufen weiter an Wert verloren, weil bereits seit längerem mit der inzwischen auch erfolgten Erhöhung der Zinssätze in den USA gerechnet wurde. Das befördert die Exporte, verteuert die Importe und treibt das inländische Preisniveau.

Die Zielinflationsrate der EZB wird aber auch nach diesen Prognosen noch deutlich verfehlt.

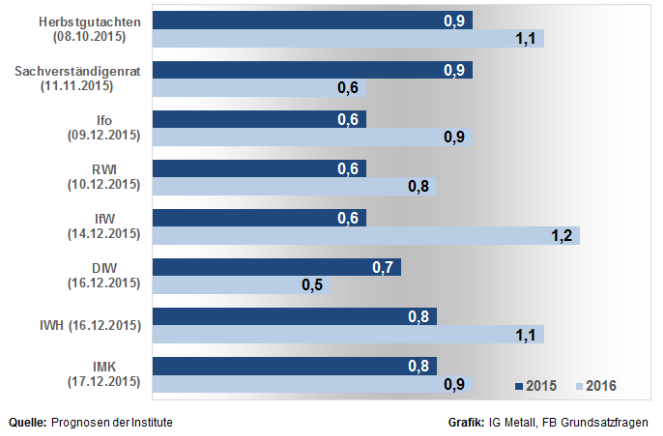
Die Zielinflationsrate ist der gemeinsame Maßstab für die Eurozone, da die EZB ihre Geldpolitik nur für den gesamten Währungsraum umsetzen kann. Wenn sich die Inflationsraten in den einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedlich entwickeln, verändert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Das kann Ungleichgewichte im Außenhandel verschärfen, was zu gefährlichen Instabilitäten führt. Weil derzeit die Zielinflationsrate insgesamt nicht erreicht wird und teilweise Deflationsgefahren bestehen, stemmt sich die EZB mit einer sehr expansiv ausgerichteten Geldpolitik dagegen.

Die Zielinflationsrate kann die Geldpolitik aber nicht alleine erreichen. **Es ist deshalb wichtig und notwendig, dass sich die IG Metall für die Entgeltforderung an der Zielinflationsrate orientiert.** Die Maßnahmen der EZB verbessern die Liquiditätsversorgung des Finanzsektors und drücken das Zinsniveau. Das verbessert zwar die Finanzierungsbedingungen für Investitionen, schafft aber alleine noch keine positiven Absatzerwartungen. Für eine ausgeweitete Nachfrage in der Realwirtschaft sind neben einer positiven Beschäftigungsentwicklung entsprechende Lohnsteigerungen notwendig, da sie einerseits den Konsum steigern und andererseits die Absatzerwartungen verbessern.

3.2 Produktivität

Die gesamtwirtschaftliche **Produktivität** entwickelte sich in den letzten Jahren schwach. Zuletzt stieg die Produktivität aber wieder stärker an. Im zweiten und im dritten Quartal 2015 legte sie um jeweils 0,7 Prozent zu. Dieser Trend wird sich noch etwas verstärken. Für 2016 wird eine stärkere Zunahme der Produktivität erwartet. Die Institute prognostizieren ein gesamtwirtschaftliches Produktivitätswachstum von plus **0,5 bis 1,2 Prozent**. Auch für 2017 erwarten die vorliegenden Prognosen einen Anstieg der Produktivität von etwa einem Prozent.

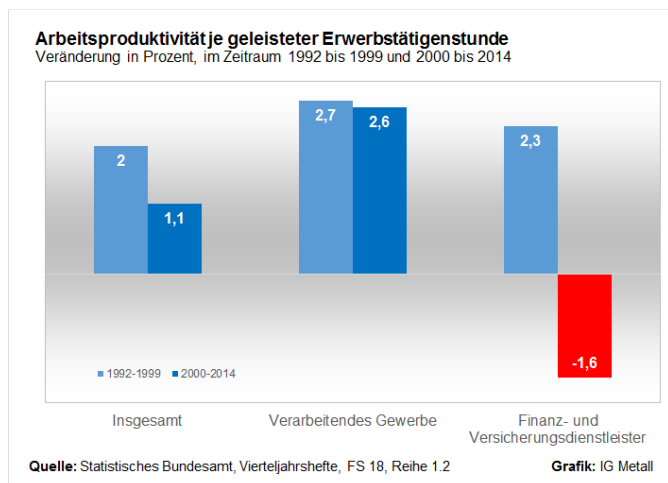
Produktivität in den Prognosen der Institute für 2015 und 2016
Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Das Produktivitätswachstum unterliegt starken konjunkturellen Schwankungen und statistischen Verzerrungen.



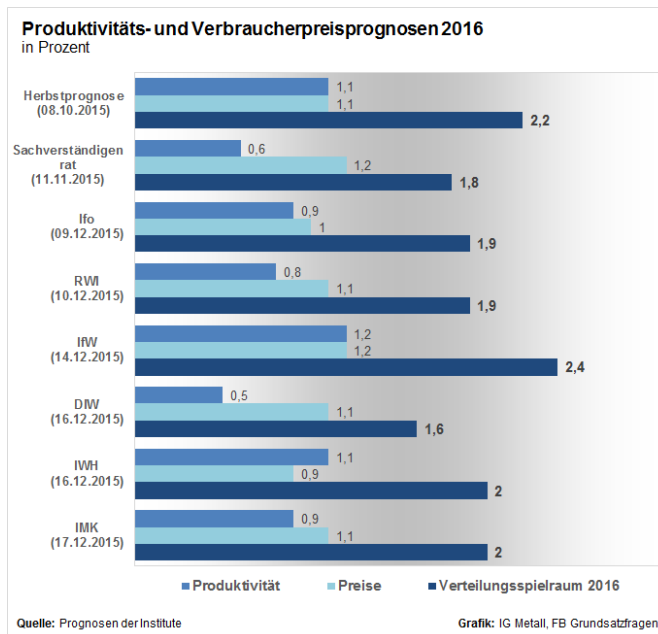
Wie bereits oben erwähnt, führen zum Beispiel Ausgliederungen aus den Unternehmen zu einem Überzeichnen des Produktivitätsfortschritts. Die Einstellung von Leiharbeitskräften unterzeichnet ihn. Für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung spricht daher, sich nicht an diesen kurzfristigen Ausschlägen zu orientieren. Entscheidender ist der längerfristige Produktivitätstrend, bei dem kurzfristige Schwankungen geglättet werden. Die aktuelle **Trendproduktivität** – jahresdurchschnittliche Produktivitätszunahme zwischen 2000 und 2014 – beträgt **1,1 Prozent**.



Auch im langfristigen Trend sind die Wachstumsraten der Produktivität rückläufig. Für den Zeitraum zwischen 1992 und 1999 lag das durchschnittliche Produktivitätswachstum noch bei zwei Prozent. Diese Entwicklung geht im Wesentlichen auf den Strukturwandel zurück. Dienstleistungen gewinnen an wirtschaftlichem Gewicht. Im Verarbeitenden Gewerbe steigt die Produktivität mit 2,6 Prozent (2000 – 2014) fast genauso stark an wie zwischen 1992 und 1999. Dagegen zeigt sich vor allem bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ein ganz anderes Bild: Die Produktivität schrumpft um jährlich 1,6 Prozent. Hier zeigt sich die Krise des Finanzsektors, in der Spekulationsvermögen an Wert verlor und das Beschäftigungsniveau relativ langsam sinkt bei gleichzeitig niedrigen Zinsen und Margen.

3.3 Verteilung

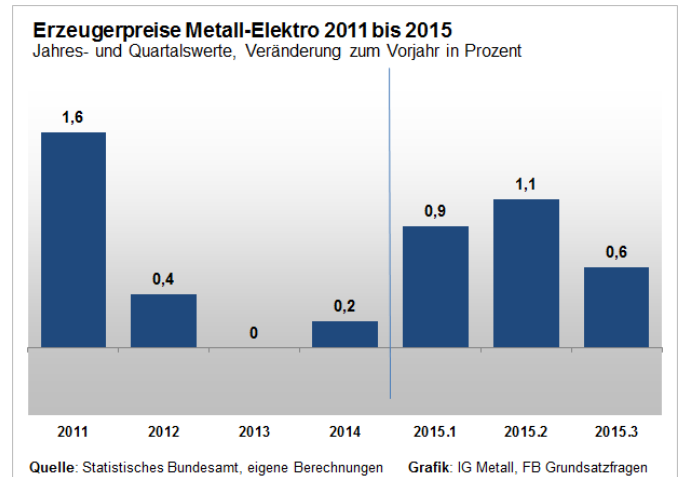
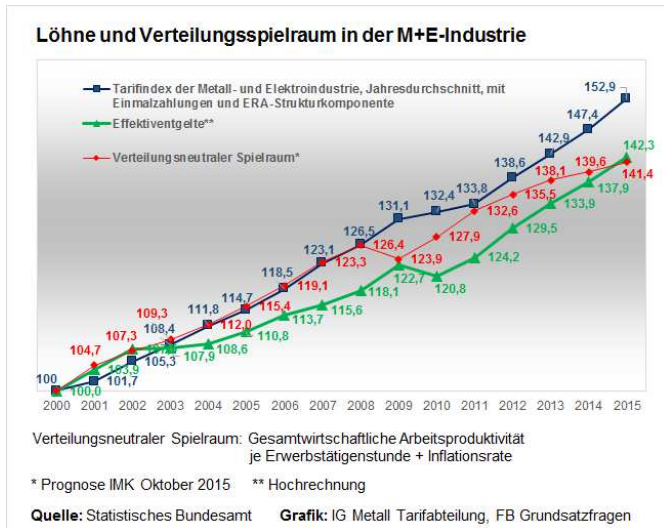
Die Institute prognostizieren für 2016 die Zunahme der Verbraucherpreise und der Produktivität in einer Spanne zwischen **1,6 und 2,4** Prozent. Unter Verwendung der langfristigen **Trendproduktivität** für die Gesamtwirtschaft (plus 1,1 Prozent) und der **Zielinflationsrate** der EZB (2 Prozent) ergibt sich ein etwas größerer **verteilungsneutraler Spielraum in Höhe von 3,1 Prozent**.



Für die Verwendung von Zielinflationsrate und Trendproduktivität bei der Entgeltforderung spricht auch, dass damit der konjunkturbelebende Effekt der steigenden Realinkommen durch die aktuell niedrigen Inflationsraten erhalten bleibt und die den Prognosen zugrundeliegende Stärkung der privaten Konsumnachfrage, die schon in 2015 den größten Wachstumsbeitrag lieferte, wirksam werden kann.

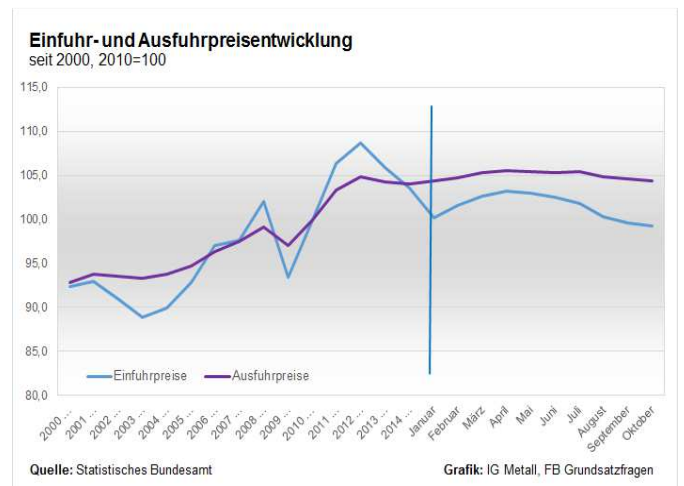
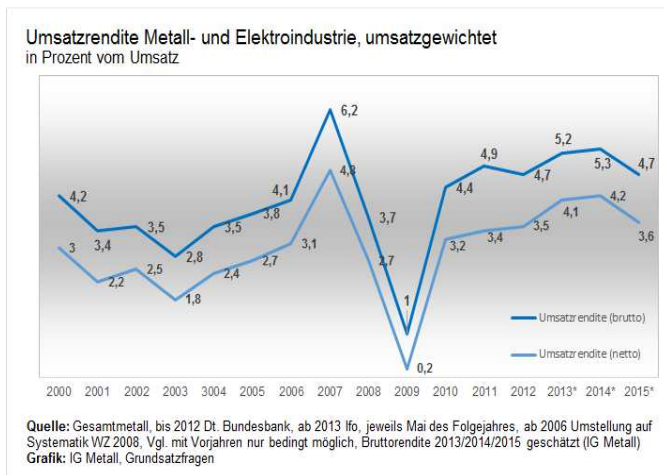
Steigende Löhne haben schon in den vergangenen Jahren einen wachsenden privaten Konsum ermöglicht. Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote hat sich stabilisiert, sie liegt allerdings noch deutlich unter dem Niveau zu Beginn der 2000er Jahre. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes dürfte hier noch einmal zu positiven Effekten führen.

Außerordentlich **erfolgreich** war in den vergangenen Jahren die **Tarifpolitik in der Metall- und Elektroindustrie**. Die Tarifabschlüsse lagen immer deutlich über dem realisierten verteilungsneutralen Spielraum. Vor allem die geringe, weit hinter der Zielinflationsrate zurückbleibende Inflationsrate hat zu kräftigen Reallohnsteigerungen geführt.



Die finanzielle Lage der M+E-Industrie stellt sich weiterhin gut dar. Zwar ist die **Netto-Umsatzrendite** in 2015 leicht zurückgegangen und lag in der **Septemberbefragung des Ifo-Instituts bei 3,6 Prozent**, aber dieser Wert ist vergleichsweise immer noch sehr hoch. Im Zeitraum von 2000 bis 2011 lag sie nur in einem einzigen Jahr höher, erst seit 2012 hat sie die vier Prozent Marke überschritten. Damit zeigt sich, dass die M+E-Industrie den Anstieg der Lohnstückkosten in den letzten Jahren gut verkraftet hat.

Im Außenhandel zeigt sich dieser Effekt auch anhand der unterschiedlichen Entwicklung der Ausfuhr- und Einfuhrpreise.

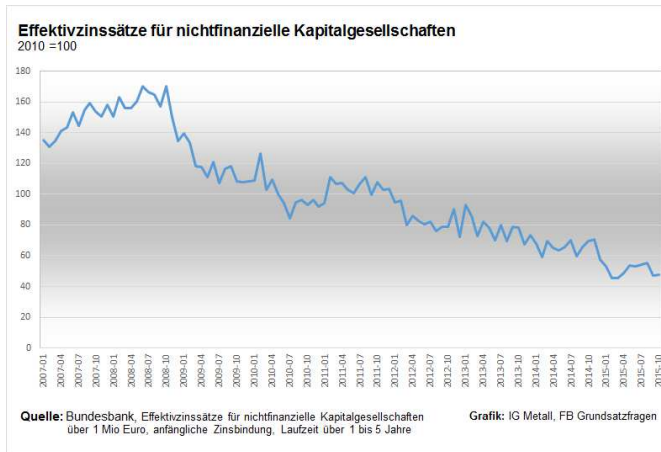


Seit 2012 sind die Einfuhrpreise deutlich eingebrochen, während die Ausfuhrpreise nahezu stabil geblieben sind. Das führte zu einer deutlichen Verbesserung der Austauschverhältnisse (‘Terms of Trade‘). Die Abwertung des Euros hat es seit 2014 ermöglicht, die Ausfuhrpreise zu sichern. Gleichzeitig haben die sinkenden Ölpreise dazu geführt, dass die abwertungsbedingte Verteuerung der Importe nicht auf die Einfuhrpreise durchschlug.

Verschiedene Faktoren haben diese Entwicklung ermöglicht.

Darüber hinaus entwickelten sich andere Kostenkomponenten sehr günstig. Dazu gehören zum Beispiel die Refinanzierungskosten. Seit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise sinken die Zinsen. Ein weltweiter Liquiditätsüberschuss, eine schwache Nachfrage und die expansive Geldpolitik der EZB haben zu immer niedrigeren Zinssätzen geführt. Das beeinflusst auch die **Refinanzierungskosten für Unternehmen**. Sie können zu günstigeren Konditionen Fremdkapital aufnehmen und damit Investitionen finanzieren. Auch das verbessert die Renditen.

Zunächst zeigt sich, dass die M+E-Unternehmen wieder leichter Preissteigerungen auf den Märkten durchsetzen konnten. Das hat die Einnahmesituation der Unternehmen verbessert.



Diese Entwicklungen haben es ermöglicht, dass trotz des Anstiegs der Lohnstückkosten die Renditesituation und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen weiterhin stark waren. Dies sind allerdings alles Sonderfaktoren, die nicht aus der Leistungsfähigkeit der Unternehmen erwachsen. Die beschriebenen Trends können sich auch wieder umkehren. Bei Energiekosten, Zinsen und Wechselkursen spricht allerdings wenig für einen Anstieg in der kurzen oder mittleren Frist. Es sind stabile langfristige Entwicklungen. Mit der lange erwarteten und inzwischen eingeleiteten Zinswende in den USA können sich die Wechselkurs- und Zinsdifferenzen zumindest gegenüber dem Dollarraum sogar noch einmal verstärken.

Impressum

Wirtschaftspolitische Informationen

01 / 2016

11. Januar 2016

Autoren:

Wilfried Kurtzke, Ralf Rukwid und Beate Scheidt

Grafiken und Layout:

Sandra Naumann

Vertrieb:

Sarah Schäfer

Bezugsmöglichkeiten:

IG Metall Vorstand

Ressort Branchenkoordinierung

D-60519 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (69) 6693 - 2091

Telefax: +49 (69) 6693 80 - 2091

Abonnementwunsch unserer Wirtschaftspolitischen Publikationen bitte per Email an: sarah.schäfer@igmetall.de